

1  
2  
3 **Antragsteller: Linus Spethmann**

4  
5 Reform des Rundfunkbeitrags

6  
7 Adressat: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landesregierung, Bundestag

8  
9 **Dringlichkeitsbegründung:**

10 Besonders in Zeiten von zunehmendem politischem Extremismus muss u .a. die  
11 Neutralität der öffentlichen Medien gewahrt werden und unsere Demokratie insofern  
12 genutzt werden, dass ein damit verbundener Beitrag nicht in der Höhe zwanghaft ist.  
13 Vor allem im Internet wird dieser Sachverhalt seit Monaten heiß diskutiert.

14  
15 **Antrag:**

16 „Jugend im Landtag“ möge beschließen:

17 Die Landesregierung wird aufgefordert, sich mit dem System des Rundfunkbeitrags  
18 auseinanderzusetzen und eine Überarbeitung zu initiieren.

19  
20 **Begründung:**

21 Seit dem Januar 2013 ist der Rundfunkbeitrag von 17,50 € für jeden Haushalt (egal  
22 wie groß) Pflicht, auf das Jahr gerechnet sprechen wir also von 210 €. Davor hing die  
23 Gebühr nur davon ab, ob man einen Fernseher oder ein Radio in seinem Haushalt  
24 besitzt.

25 Zudem fällt auch auf Personenkraftwagen ein Betrag von 5,83 € monatlich an. Dies  
26 ist vor allem für Betriebe wie Autohäuser von Belang, da für jeden Vorfühswagen der  
27 Betrag fällig wird, auch wenn die Nutzung der öffentlich rechtlichen Radiosender  
28 nicht der primäre Nutzen der Personenkraftwagen ist.

29 Zudem fühlen sich viele Menschen gezwungen, den Beitrag zu zahlen, da einem nur  
30 bedingt Möglichkeiten geboten werden, sich davon befreien zu lassen (z. B. eine  
31 Seh- oder Gehörschädigung, das Beziehen von Hartz IV oder BAföG). Hiermit sehe  
32 ich eine unzureichende Repräsentation unserer Demokratie.

33 Des Weiteren fühlen sich manche Konsumenten nicht vertreten bei dem heutigen  
34 Medienangebot oder sind nicht damit einverstanden, wo die Beträge hingehen, da  
35 vielen die Neutralität und Professionalität des öffentlich-rechtlichen Medienangebots  
36 in den letzten Jahren immer mehr verlorengegangen ist.

37 Auch wird in den letzten Jahren immer öfter Werbung geschaltet. Dass der Bürger für  
38 Werbung nicht zahlen möchte, halte ich für selbstverständlich.

39 Deswegen liegt die Forderung vor, das System, wie es jetzt vorhanden ist, zu über-  
40 arbeiten. Dies könnte beinhalten:

- 41 – Eine Reform hin zu einem freiwilligen Beitrag,  
42 – einem Teilbeitrag,  
43 – eine konkrete Wahl, an welche Instanzen der öffentlich-rechtlichen die Beiträge  
44 fließen,  
45 – eine Art „Flatrate“, nach der man den Beitrag danach bezahlt, inwiefern man die  
46 Angebote nutzt,  
47 – eine stärkere Selektion der Inhalte, insbesondere bei der Behandlung von politi-  
48 schen Themen.

49 Auf jeden Fall sind die zentralen Punkte, bei denen Änderung angebracht wäre: Hö-  
50 he des Betrags, Verbindlichkeit des Betrags und Mitwirken der Zahlenden. Die Dring-  
51 lichkeit der Reform wird insofern deutlich, wenn man das System mit der Kirchen-  
52 steuer vergleicht. Man kann aus der christlichen Kirche austreten und hat trotzdem  
53 noch die Möglichkeit, seinen christlichen Glauben, wenn vorhanden, auszuüben.

54 Diese Thematik ist besonders wichtig für z. B. Jugendliche, die kein BAföG beziehen  
55 oder Jugendliche, die in einer Wohngemeinschaft wohnen.